

Heißer Herbst gegen soziale Kälte

Die Wirtschaftskrise hat Banken und Konzerne nicht vorsichtiger, sondern maßloser und unverschämter gemacht. Sie bedienen sich der Staatsmacht und der Steuergelder, als sei es ihr Privateigentum.

Die «verstaatlichte» HRE zahlt ihren Angestellten 25 Mio. Euro Boni für 2009, obwohl die Immobilienbank in dem Jahr 2,2 Mrd. Euro Verluste gemacht hat. Geräuschlos hat ihr die Bundesregierung gerade 2,1 Mrd. Euro rübergeschoben.

Hartz-IV-Empfängern fehlen im Monat 80 Euro, um einigermaßen vernünftig essen zu können und nicht unter Mangelernährung zu leiden. 7 Millionen Menschen bekommen derzeit Hartz IV. Würde der Regelsatz um 80 Euro aufgestockt, wären dies gerade mal 560 Mio. Euro Mehrausgaben. Finanzminister Schäuble nimmt im Jahr 2010 mindestens 11 Mrd. Euro Steuern mehr ein als erwartet – für die Menschen am untersten Rand der Gesellschaft soll davon trotzdem nichts rüberkommen. «Das wäre das falsche Signal», ist sich die Regierung einig – alles Menschen, die sich nicht einmal vorstellen können, was es bedeutet, pro Tag 3,94 Euro zum Essen zur Verfügung zu haben.

«Unsere Wirtschaftsordnung beruht auf der Enteignung der Arbeitnehmer», stellt Oskar Lafontaine

richtig fest. Enteignet werden Hartz-IV-Bezieher auch dadurch, dass sie nicht mehr die reale Miete erstattet bekommen sollen, sondern nur noch eine pauschale Vergütung dafür – der Rausschmiss aus ihrer bisherigen Wohnung ist vorprogrammiert.

Enteignet werden Arbeitnehmer durch die einseitigen und einkommensunabhängigen Zusatzzahlungen in die gesetzliche Krankenversicherung (die «kleine Kopfpauschale»), während von Apothekern, Ärzten und Pharmakonzernen nur verlangt wird, dass ihre Einkommen «weniger steil ansteigen».

Eine schamlose Massenteignung stellt die Rente mit 67 dar. Fast die Hälfte der Älteren geht mit Abschlagen in die Rente, weil sie jetzt schon das Renteneintrittsalter nicht mehr erreichen.

Der Abriss des Sozialstaats, erklärtes Programm der Bundesregierung seit Kanzler Schröder und seiner Agenda 2010, ist ein Enteignungsprogramm vom Stil und Umfang des Bauernlegens im Frühkapitalismus. Daran sind (mit Ausnahme der Partei DIE LINKE) alle im Bundestag vertretenen Parteien beteiligt – auch SPD und Grüne, die derzeit versuchen, wieder auf Opposition zu machen.

Als wären nicht sie es gewesen, die uns Hartz IV und die Rente mit 67 eingebrockt und mit dem faulen Atomkompromiss Schwarz-Gelb die Hintertür für eine Laufzeitver-



10. Oktober, Oldenburg, bundesweite Demonstration für die spürbare Heraufsetzung der Regelsätze in Hartz IV

längerung offengelassen haben. Und wenn die SPD jetzt links blinkt, soll man sehr genau hinschauen: Sie hat die Rente mit 67 ja nicht aufgegeben, sie macht sie nur davon abhängig, dass mindestens die Hälfte der Erwerbstätigen bis dahin noch einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht – und lässt sich damit für ihre eigene Regierungszeit,

die sie ab 2013 erhofft, mal wieder alle Türen offen.

Es gäbe kein Loch in der Rentenkasse, wenn alle Erwerbstätigen darin einzahlen müssten und ein angemessener Mindestlohn (der DGB fordert 8,50 Euro, Erwerbslosenverbände 10 Euro) verhinderte, dass die Löhne in den Keller rutschen.

Dass die Grünen ein liberales

Wirtschaftsprogramm vertreten, dem sie nur ein grünes Mäntelchen umhängen, zeigen sie dort, wo sie Landesminister oder Bürgermeister stellen, zur Genüge.

Die Franzosen machen gerade vor, dass der großangelegte Raubzug, der in Form von «Sparpaketen» derzeit fast alle Länder Europas verwüstet, kein Schicksal ist, das man nur erleiden kann. Innerhalb von nur drei Monaten sind dreimal mehrere Millionen Menschen an einem Wochentag auf die Straße gegangen – begleitet von Massenstreiks. Die Gewerkschaft *Solidaires* hat zu einem unbefristeten Generalstreik aufgerufen; in Spanien und Griechenland haben am 29. September ebenfalls General-

streiks stattgefunden.

Es ist an der Zeit, die Ränge der Zuschauerdemokratie zu verlassen. Nicht Opfer, Akteure müssen wir sein und auf der öffentlichen Bühne unser eigenes Stück aufzuführen, z. B.: «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht». Zahlreiche Aktionen zivilen Ungehorsams laden in diesem Herbst zum Mitmachen ein. ★

Hetzer in Nadelstreifen

Wochenlang überlagerte die Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin alle anderen politischen Themen.

Insbesondere *Bild* hat sich die Verbreitung von Sarrazins menschenverachtenden «Botschaften» zur eigenen Sache gemacht. Mit der Wahrheit nimmt es Sarrazin nicht so genau. Sein Machwerk strotzt nur so von Klischees, Vorurteilen, Fälschungen und Übertreibungen. Er will nur Stimmung gegen «Ausländer» machen.

Sozialneid eines Besserverdienenden mit elitärem Dünkel: Sarrazins Karriere lässt keine Zweifel daran, woher bei ihm der Wind weht. Der Mann, der bevorzugt Nadelstreifenanzüge trägt und am liebsten mit hochgerecktem Kinn und verschränkten Armen posiert, ist ein Mann der Oberschicht. Als Sohn aus gutem Hause hat er sich schon früh zielstrebig nach oben orientiert. Als Spitzenbeamter, Manager staatlicher Unternehmen, Minister und Vorstand der

Bundesbank gehört er zu den «oberen Zehntausend» dieser Gesellschaft. Er zeichnet sich aus durch standesbewusstes elitäres Denken, zur Schau gestellte eitle Überlegenheitsgefühle und intellektuellen Dünkel.

Nicht nur für Unterschichten mit Migrationshintergrund, sondern auch für sozial Schwache, die auf viele Generationen teutonischer Ahnen verweisen, hat er wenig übrig. Er hält Hartz-IV-Beziehende für «arbeitsunwillig und unbrauchbar» und Löhne von 5 Euro die Stunde für angebracht. Damit vertritt er ein Programm «Westerwelle XXL». Als Finanzsenator in Berlin hat er maßgeblich daran mitgewirkt, dass immer mehr Menschen immer ärmer wurden.

Teile und Herrsche: Es ist das alte, in der Geschichte oft betriebene zynische Spiel der Geld- und Machteliten: Der Zorn auf reale soziale Ungerechtigkeiten wird auf Sündenböcke abgelenkt. Für die

Bundesregierung ist der rechtspopulistische Rummel um Sarrazin so etwas wie ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk. Wenn alle Welt sich über die armseligen «Schmarotzer» am unteren Rand aufregt, geraten die eigentlichen Schmarotzer, die sich an den Armen fett fressen, aus dem Blickfeld.

In den «besseren Kreisen» wurde Sarrazins Salonrassismus gefeiert als Entdeckung eines vermeintlich tabuisierten Problems. Unfähig und auch unwillig, die sich verschärfenden sozialen Probleme zu lösen, liebäugeln sie lieber damit, in Zukunft stärker die sozialrassistische Karte zu spielen. Das hat sich in den Niederlanden, in Österreich oder Dänemark schon bewährt. In der BRD fehlt derzeit für die Rolle des tabubrechenden Populisten noch eine geeignete Führungsfigur. Das ist aber kein Grund, sich in Sicherheit zu wiegen: Die Verhältnisse suchen sich ihr Personal.

Menschenwürdige Arbeit für alle, statt Arbeitszwang! Wer noch nicht in die Erwerbslosigkeit gerutscht ist, der kämpft mit untraglichem Leistungsdruck, längeren Arbeitszeiten und immer weniger Lohn. Da scheint es naheliegend, auf die zu schimpfen, die «nichts tun» und dennoch «vom Staat» ausgehalten werden. Wer so denkt, übersieht aber, dass die systematische Ignorierung der Aufgabe, menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, die Quelle dafür ist, dass Erwerbslose entrechtet werden und der Lohn- und Leistungsdruck auf die noch Erwerbstätigen weiter steigt. Wer da Sarrazin zujubelt: «Endlich mal einer, der Klartext redet», schießt sich selbst ins Knie.

Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Türken und Deutschen, Schwarz und Weiß, Muslimen und Christen, sondern zwischen Arm und Reich.

So mobilisiert der DGB: Deutschland in Schiefelage – Gerecht geht anders

6. 11., Hannover

Ab 10 Uhr, Klagesmarkt, Demonstration und Kundgebung
Es spricht: Michael Sommer (DGB)

11. 11., Kaiserslautern

Kundgebung mit Detlef Wetzel (IG Metall)

13. 11., Dortmund

Demonstration und anschließend Kundgebung in der Westfalenhalle.
Es sprechen: Michael Vassiliadis (IG BCE) und Frank Bsirske (ver.di)

13. 11., Nürnberg

Ab 12 Uhr, Kundgebung auf dem Kornmarkt

13. 11., Stuttgart

Kundgebung mit Berthold Huber (IG Metall)

18. 11., Kiel

Demonstration und Kundgebung

Reichtumsbremse statt Schuldenbremse

Aufstehen gegen die Diktatur des Kapitals

Statt das Finanzmarktcasino zu schließen, renovieren sie es bei laufendem Betrieb. Sie feiern das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung und laden die Krisenkosten durch Kürzungen bei Hartz IV auf die Armen und Erwerbslosen ab, damit Banken, Konzerne und Reiche ungeschoren bleiben. Sie werfen sich in Sorgenposen über Kinderarmut und streichen den Armen das Elterngeld. Sie halsen künftige Kostensteigerungen bei der Krankenversicherung allein den Versicherten auf, um die Extraprofite der Pharmakonzerne zu schonen und die Arbeitgeber von der Kostenentwicklung freizustellen. Sie halten an Rentenkürzungen durch die Rente mit 67 fest. Kein gesetzlicher Mindestlohn, keine sonstige Regulierung darf Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung stoppen. Die Atomkonzerne aber bekommen mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten eine «Lizenz zum Geld-

drucken». Und während der Afghanistankrieg ins zehnte Jahr getragen wird, feiert die deutsche Rüstungsindustrie ihren Aufstieg zum Europameister und auf Platz 3 der globalen Exporteure.

Kaum je zuvor war der Klassencharakter herrschender Politik so sehr mit Händen zu greifen wie heute. In ungenierter Fortführung der neoliberalen Rezepte, die die Welt in die Krise stürzten, bedient sie das primitiv-vulgäre Interesse einer kleinen Minderheit von Kapitalisten und Reichen, sich nach dem Motto «Nach uns die Sintflut» auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Die haben rund 8000 Milliarden Euro an privaten Nettovermögen aufgehäuft, mehr als die Hälfte davon ist Geldvermögen (4,7 Billionen Euro) – das entspricht 14 Bundeshaushalten. Die oberen 10% der Bevölkerung besitzen 60% aller Vermögen, den obersten 800000 ganz oben an der Spitze gehört ein

Drittel davon – zwei Drittel der Bevölkerung hingegen sind praktisch vermögensfrei.

Die Ungleichheit der Vermögen setzt sich in der Ungleichheit der Einkommen fort: 40% der Markteinkommen landen bei den obersten 10%. Eine kreative, dem Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums verpflichtete Steuer- und Abgabepolitik für mehr Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit hätte enorme Spielräume.

Eine Reichtumsuhr wäre im vergangenen Jahrzehnt mehr als doppelt so schnell gelaufen wie die bekannte Schuldenuhr. Dennoch hievte man die «Schuldenbremse» in die Verfassung, die jetzt den «Sachzwang» abgibt für fortgesetzte Sozialkürzungen und für den Verzicht auf notwendige öffentliche Investitionen für Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und ökologischen Strukturwandel.

Nicht die Staatsverschuldung gefährdet unsere Zukunft, sondern

der fortgesetzte Schutz des parasitären Reichtums. Der Gesellschaft wird ein zunehmender Teil ihres Gemeineigentums geraubt und dann suggeriert, sie lebe über ihre Verhältnisse und müsse sparen, um den Konkurs abzuwenden.

Tatsächlich wird damit die Wirtschaftskrise verlängert und den Grundstein für den nächsten Crash gelegt. Und der «deutsche Sonderweg», sich gegenüber dem Ausland Wettbewerbsvorteile per Lohn- und Sozialdumping zu verschaffen, auf den sich auch der aktuelle «Aufschwung» stützt, belastet zunehmend das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn.

Die Zerstörung des Sozialstaats beraubt viele Menschen ihrer Lebensperspektiven, stößt sie in Existenzunsicherheit und soziale Ausgrenzung und verletzt ihre Menschenwürde. Es ist «strukturelle» Gewalt gegen Menschen, ausgeübt ohne Not, kaltblütig und planvoll. Wo Regierung und Staat

derart zur Beute des Kapitals werden, da verkommt Demokratie zur formalen Fassade einer Diktatur des Großen Geldes, fernab der «Herrschaft des Volkes».

Einer aktuellen Emnid-Umfrage zufolge sollen sich knapp 90% der Bevölkerung für eine neue Wirtschaftsordnung aussprechen, die mehr sozialen Ausgleich, Schutz der Umwelt und sorgfältigen Umgang mit Ressourcen ermöglicht als der Kapitalismus. So dumm, wie manche meinen, ist das lohnabhängige Volk denn doch nicht. Ohne die Meinungsmehrheiten für Mindestlohn und gegen die Rente mit 67, für Atomausstieg und gegen den Krieg in Massenwiderstand und demokratische Gegenmacht von unten zu übersetzen, wird das Rennen gegen den Vormarsch der Barbarei aber kaum zu gewinnen sein. Die Zeit drängt.

Daniel Kreutz

Banken und Regierungen in Europa

Ein Gegner – ein Kampf

Wir sind in Deutschland nicht allein mit unserem Protest gegen die Diktatur der Banken und Konzerne.

Hunderttausend auf der Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) in Brüssel; Generalstreik in Spanien und in Griechenland; Vorbereitungen für einen Generalstreik in Frankreich gegen die An-

hebung des Renteneintrittsalter auf 62 Jahre und das «gesetzliche Rentenalter» auf 67 Jahre; Demonstrationen in Warschau und Budapest; landesweiter Aktionstag in Italien.

In ganz Europa gibt es in diesem Herbst Massenproteste – zumeist richten sie sich gegen die Kürzungspakete, die die europäischen Regierungen im Einklang mit der

EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und zum Teil auch des IWF verhängt haben.

In mehreren westeuropäischen Ländern bauen sich dagegen – ähnlich wie in Deutschland – Antikrisenkomitees auf, die versuchen, Teilkämpfe zusammenzuführen und ihnen eine gemeinsame Stoßrichtung zu geben.

Noch kämpfen die Betroffenen in jedem Land für sich. Scheinbar ist die Lage überall anders, die gemeinsamen Berührungspunkte liegen nicht immer offen auf der Hand. Dies scheint aber nur so. In Wirklichkeit ist die Wende vom Geldsegen für die Banken zum verordneten Sparzwang und Sozialabrisse für die Lohnabhängigen seit der Griechenland-Krise vor knapp einem Jahr auf europäischer Ebene von den Regierungen, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank vereinbart worden und wird seitdem mit eiserner Hand durchgesetzt.

Beim Europäischen Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten sitzen, wurde eine Task Force gebildet, die den «Wachstums- und Stabilitätspakt» verschärfen soll. In Abstimmung mit dem Rat hat die EU-Kommission Ende September vorgeschlagen, dass die Haushaltsausgaben nicht stärker steigen dürfen als die Wirtschaft eines Landes; hoch verschuldete Länder sollen weniger ausgeben dürfen. Die Sanktionen werden verschärft: Im schlimmsten Fall müssen Staaten eine verzinliche Einlage von 0,2% ihrer Wirtschaftskraft in Brüssel hinterlegen. EU-Kommissar Rehn will schon bei den Haushaltsplanungen mitreden und sie unter Sanktionen stellen können.

Wie deutsche Länderregierungen den Kommunen, so kann auch Brüssel nun einem EU-Staat einen Haushaltskommissar vorsezen. Die Sanktionen sollen automa-

tisch greifen; bislang stimmten die Finanzminister und die Kommission darüber ab.

Die Bundesregierung spielt bei dieser Verschärfung des Stabilitätspakts eine Vorreiterrolle. Ihre Vorschläge gehen sogar noch weiter: Staaten aus Euroland, die den Sozialabrisse «verschleppen» und «ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden» sollen laut Schäuble keine Gelder aus EU-Töpfen mehr bekommen. Dauersünder sollen sogar ihr Stimmrecht im Ministerrat verlieren können.

Jede Möglichkeit, abweichend von dieser Linie eine sozial gerechtere Politik einzuführen, soll verstopft werden. Die EU ist damit auf dem Weg in eine autoritär geführte Staatengemeinschaft, in der die Regierungen ausschließlich die Interessen der Konzerne bedienen. EU-Kommissionspräsident Barroso hat schon erklärt, die Demokratie könne aus den Ländern Südeuropas verschwinden.

In dieser Situation ist es nicht

länger angebracht, so zu tun, als spiele die europäische Ebene für die Möglichkeiten, fortschrittliche Politik in einem Land durchzusetzen, keine Rolle. Gerade in Deutschland trägt die Linke eine historische Verantwortung dafür, dass es nicht wieder zu einer – diesmal ökonomischen – Besetzung Europas durch das deutsche Kapital kommt.

Die Antwort auf das Europa des Kapitals heißt: Solidarischer Zusammenschluss und Handlungsfähigkeit Europas von unten. Solange jedes Land für sich kämpft, machen sie uns ein – das zeigt Griechenland ganz deutlich. Die griechischen Staatskassen wurden nicht von der lohnabhängigen Bevölkerung dort geplündert, sondern u. a. von deutschen Konzernen, bspw. aus der Rüstungsindustrie oder von der Telekom, oder Siemens. Füllen sollen sie aber wieder die griechischen Rentner, Kleingewerbetreibenden, Hafenarbeiter usw.

Ein europäischer Generalstreik und die Einigung der Gewerkschaften, der Linken und der sozialen Bewegungen auf gemeinsame Forderungen für einen europäischen Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und eine armutsfeste Grundsicherung können die EU in die Knie zwingen. ★

Anfang November ins Wendland!

Der Castor kommt

6.11., Großdemonstration in Dannenberg

Am 7. oder 8.11. wird der Castor um Wendland erwartet. Wird er vorher noch anderswo aufgehalten, verzögert sich die Ankunft.

DIE AKTION

«Gemeinsam mit Hunderten, Tausenden Menschen wollen wir am Transporttag auf die Schienenstrecke gehen. Wir sind entschlossen, die Strecke für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen und damit unbefahrbar zu machen. Wir wählen für die Aktion einen Schienenabschnitt, auf dem an diesem Tag kein Zugverkehr außer dem Castortransport stattfindet.

Wir wissen, dass unsere bewusste Veränderung der Castor-Transportstrecke nicht vom Gesetzbuch gedeckt ist. Dennoch ist unser Handeln notwendig und legitim...

Während der Aktion wollen wir eine Situation schaffen, die für alle daran Beteiligten transparent ist und in der die Aktionsteilnehmer solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen ... Ziel unserer Aktion ist es, die Schiene unbrauchbar zu machen, und nicht, die Polizei anzugreifen.

Unser wichtigster Schutz ist die massenhafte Beteiligung, unsere Vielfalt und Entschlossenheit: Während Hunderte oder Tausende die Schottersteine entfernen, werden andere durch den Einsatz körperschützender Materialien wie Luftmatratzen, Polster oder Planen die Schotternden schützen...

Damit unsere Aktion gelingt, wollen wir viele werden.»

(Aus dem Aufruf zur Aktion in der 1. Ausgabe der Massenzeitung *Castor schottern*.)

Weitere Infos auf:

Castor-Schottern.org · Castor2010.org



Foto: Uwe Bitzel

Das meint die is/ zu den Herbstaktionen: In der Atomfrage sind Erfolge möglich Castor schottern!

Die Bundesregierung hat mit der faktischen Senkung der Hartz-IV-Bezüge, der Einführung der «kleinen Kopfpauschale» und der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke drei große Kröten in ihr diesjähriges Haushaltsgesetz eingebaut. Auf der Gegenseite scheint nur die Anti-Atom-Bewegung gut aufgestellt zu sein.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften rufen für Anfang bis Mitte November zu Herbstaktionen in Betrieben und Verwaltungen auf. Sie werden begleitet von regionalen Kundgebungen, die auch nicht alle am selben Tag stattfinden, nur in Einzelfällen sind bislang auch Demonstrationen vorgesehen (Stand: 28.9.). Je nach den örtlichen Gegebenheiten kommt es dabei durchaus auch zu Arbeitsniederlegungen; aber durch die zeitliche Streckung und die räumliche Aufsplitterung der Großkundgebungen wird der Zorn der Belegschaften nicht gebündelt, sondern zerstreut. Auf diese Weise organisiert man die Unwirksamkeit von Protest; die DGB-Gewerkschaften haben offenkundig Angst davor, den Zorn zu einer politischen Kraft werden zu lassen, die der Regierung ernsthafte Schwierigkeiten bereiten könnte.

Ganz anders die Anti-AKW-Bewegung. Gestützt auf ihre langjährigen Kämpfe, die eine ganze Generation geprägt und reale Veränderungen in der Republik bewirkt haben, und auf nach wie vor funktionierende Strukturen im Wendland ist es ihr nicht schwer gefallen, binnen kürzester Zeit eine neue Massenbewegung gegen die Laufzeitverlängerungen aus dem Boden zu stampfen.

Anfang November gilt's: Da rollt wieder Atommüll (der Castor) durch die Republik. Zusammen mit zahlreichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ruft die is/ dazu auf, am 6. November an der Großdemonstration in Dannenberg teilzunehmen und an den darauffolgenden Tagen an der Aktion «Castor? Schottern!».

Anknüpfend an die Blockaden des G8-Gipfels in Heiligendamm im Sommer 2007, gegen den rassistischen «Anti-Islam-Kongress» im Herbst 2008 in Köln und gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Frühjahr 2010 strebt die Kampagne «Castor? Schottern!» an, einen Schritt über rein symbolische Politik hinaus zu tun und reale Maßnahmen zur Verhinderung, mindestens aber starken Verzögerung des Transports zu ergreifen – ge-

waltfrei und möglichst massenhaft.

Es gilt, den politischen Preis für die Fortsetzung einer menschenverachtenden Energiepolitik in die Höhe zu treiben. Wo Regierungen sich so offenkundig über den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung hinwegsetzen, muss man ihnen in die Arme fallen. Das ist in Stuttgart gegen den geplanten Tiefbahnhof («Stuttgart21») so, das ist im Wendland so, und auch die Belagerung des Bundestags am 26. November zum Zeitpunkt der dritten Lesung des Haushalts wird dies zum Ausdruck bringen. Die Aktionen zivilen Ungehorsams mehren sich, weil in immer mehr Fragen gegen die Mehrheit der Bevölkerung regiert wird.

Die Oppositionsparteien im Bundestag haben diese Stimmung durchaus registriert – und versuchen sie zu nutzen, um das Wasser auf ihre Mühlen zu lenken. SPD und Grüne stellen sich wieder an die Spitze der neuen Anti-Atom-Bewegung. Und die Kampagne «Castor? Schottern!» hat überraschend nicht nur die Unterstützung von linken Gewerkschaften und Intellektuellen, der LINKEN-nahen Jugendorganisation *solid* und von Vertretern des linken

Parteiflügels bekommen, sondern auch von solchen, die offen auf ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis setzen und unabhängige Massenbewegungen bislang eher als «sektiererisch im Abseits stehend» geißelten.

Woher kommt es, dass sie auf einmal ihr Herz für Massenmobilisierungen entdecken? Es ist die Angst vor der Selbstisolation der LINKEN, die riskiert, als Oppositionskraft nicht mehr wahrgenommen zu werden, wenn sie «die Programmdebatte hinter verschlossenen Türen mit sich selbst führt, statt sie als offene Debatte um Ökologie und Ökonomie anzulegen», wie sich Bodo Ramelow gegenüber der FAZ (21.9.) ausdrückte.

Für die radikale Linke, die jetzt mobilisiert, um die Atompolitik der Regierung tatsächlich zu stoppen, ergibt sich damit ein neuer Spielraum, den sie natürlich nutzen soll – ohne neuen Illusionen in den Manövrierspielraum einer rot-rot-grünen Regierung aufzusitzen.

Selbstorganisation von unten und Unabhängigkeit der sozialen Bewegungen müssen der Kompass des antikapitalistischen Widerstands bleiben. ★

RWE, E.ON entmachten – Energiewirtschaft vergesellschaften

Die vier großen Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW haben unlängst demonstriert, wer in unserer Gesellschaft das Sagen hat. Mit der grotesken Drohung, die AKWs abzuschalten, wenn die Politik nicht in ihrem Interesse spurt, haben sie Bundeskanzlerin Angela Merkel faktisch gesagt: Du bist nur an der Regierung, aber wir sind an der Macht.

Hinter verschlossenen Türen hat sich die Bundesregierung mit den Energieriesen auf die Verlängerung der AKW-Laufzeiten geeinigt. Mit den Hartz-IV-Beziehenden, mit den Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung, mit den älteren Erwerbstätigen, die kurz vor der Rente stehen, wird nicht verhandelt. Denen wird ohne viel Federlesen nur weggenommen.

Es geht um gigantische Extraprofite. Das zum Klimaschutz notwendige, möglichst rasche Umsteuern auf 100% erneuerbare Energien bleibt auf der Strecke. Die unlösbaren Probleme der Sicherheit vor furchtbaren Unfällen und der Entsorgung des Jahrtausende radioaktiv strahlenden Atommülls spielen keine Rolle für die etablierte Politik, die am Gängelband der Großkonzerne läuft.

Die Macht dieser Konzerne muss gebrochen, die Energiewirtschaft vergesellschaftet werden. Das hat DIE LINKE auf ihrer Energiekonferenz Anfang September in Hamburg bekräftigt. Vergesellschaften heißt nicht einfach verstaatlichen, sondern Dezentralisierung, Rekommunalisierung, demokrati-

sche Kontrolle und schließlich demokratische Verwaltung durch Nutzer und Beschäftigte.

In Nordrhein-Westfalen treibt die etablierte Politik ganz offensichtlich Verfassungsbruch. Artikel 27 in der NRW-Verfassung lautet: «1. Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. 2. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.»

Das ist keine Erlaubnis, das ist ein Gebot. Und worauf sollten «monopolartige Stellung» und «Missbrauch wirtschaftlicher Macht» besser passen als auf die Energieriesen RWE, E.ON und

Konsorten? So wird an immer mehr Stellen deutlich, dass, wie Oskar Lafontaine sagt, das kapitalistische System insgesamt verfassungswidrig ist.

Das Kapital wird sich nicht freiwillig enteignen lassen. Entscheidend ist die Mobilisierung der Millionen gegen die Multimillionäre und Milliardäre. Die erste und wichtigste Aufgabe linker Politik ist die Ermutigung zur solidarischen Aktion von unten, denn nur so können andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse geschaffen werden. Zunächst gilt es in diesem Herbst, die Anti-AKW-Bewegung mit ihren vielfältigen Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam so stark wie möglich zu machen.

Zugleich gibt es auch die Sozialproteste, die bisher noch viel zu

schwach sind, um etwas Nachhaltiges zu bewirken. Ein ganz entscheidender Schritt wäre die Zusammenführung der Anti-AKW-Bewegung und der Umweltschutzbewegung mit der Bewegung gegen die unsoziale Kürzungspolitik zu gemeinsamen Aktionen für eine ökologische Kreislaufwirtschaft, in der die Ressourcen für die Daseinsvorsorge und für ein ökologisches Wirtschaften in Gemeineigentum sind. Demonstrationen und symbolische Aktionen werden dafür nicht ausreichen. Um wirklich etwas zu bewegen, muss in Deutschland der politische Streik als Mittel der Gegenwehr von unten neu entdeckt werden.

Michael Aggelidis, MdL, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN NRW

is/ internationale sozialistische linke
Was wir wollen

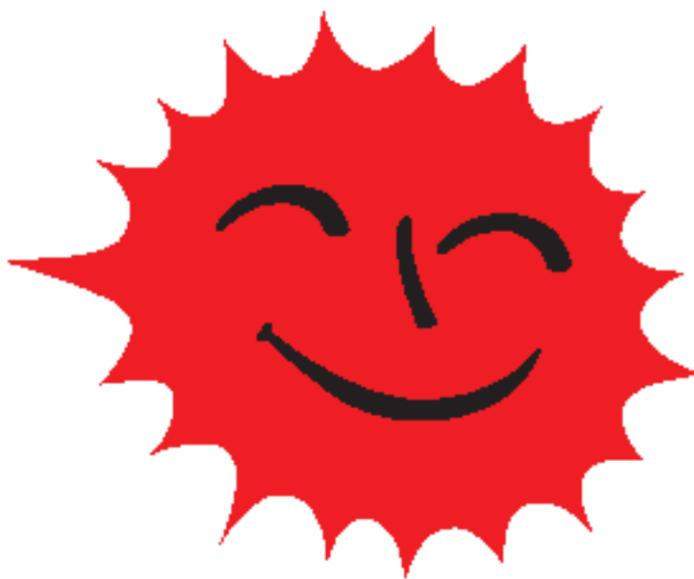
★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die is/ ist Teil der IV. Internationale.

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*



Die Castoren müssen mit allen Mitteln gestoppt werden

Atomenergie ist Wahnsinn

Interview mit **Tadzio Müller**, aktiv bei *gegenstrom* und in der Klimakampagne



TADZIO MÜLLER

■ Die Verlängerung der Laufzeiten der AKWs hat viele empört. Regierung und Atomindustrie aber versuchen, Verwirrung zu stiften, und werben für die Atomkraft als «Brückentechnologie». Was sagst du dazu?

Die Atomenergie ist keine Brückentechnologie, sondern eine Sackgasse. Das haben wir von höchster wissenschaftlicher Stelle, die man politisch kaum als ökologisch radikal abkanzeln kann – nämlich vom Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung –, bescheinigt bekommen. Der weist darauf hin, dass die weitere Förderung von Kohle und Atomkraft im direkten Widerspruch zum Ausbau erneuerbarer Energien steht. Der

Vorsitzende des Sachverständigenrats, Martin Faulstich, sagt, es besteht «ein grundsätzlicher Konflikt zwischen der schwankenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und den grundlastorientierten konventionellen Kraftwerken».

Es besteht deshalb die dringende Notwendigkeit, die Laufzeitverlängerungen zu kippen und völlig aus der weiteren Förderung der Atomenergie auszusteigen, sonst sind die Klimaziele der Bundesregierung nicht zu erreichen. Der Sachverständigenrat hält eine ausschließlich auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung in Deutschland bis 2050 für möglich – das steht jedoch im direkten Widerspruch zur weiteren Förderung der Atomkraft.

Ob es *politisch* möglich ist, die Atomenergie zu kippen, hängt nicht nur von der direkten Stärke des Widerstands im Wendland ab, sondern auch davon, welche Legitimität unsere Aktionen (auch diejenigen, die Gesetze übertreten) erlangen werden. Wenn wir den Castor stoppen können, und auch die anschließend zu erwartende Repression durch gesellschaftlichen Gegendruck stoppen können, dann sehe ich auf jeden Fall Möglichkeiten. Trotzdem dürfen die gegenläufigen Kräfte nicht unterschätzt werden...

■ Die Endlagerung des Atom- mülls ist weiterhin ungelöst und gilt auch als unlösbar. Was kann mit dem bislang schon produzierten Atommüll geschehen?

Das ist ja gerade die Sache mit der Atomkraft, dass sie unlösbare Probleme produziert. Deswegen artikuliert sich der Widerstand auch um die Frage der Endlagerung herum, denn hier wird die Absurdität und der Wahnsinn der Kernenergie ganz offensichtlich. Weil die Atomkraft unlösbare Probleme und unausweichliche Gefahren produziert, weil sie in letzter Analyse eine menschenverachtende Technologie ist, müssen wir daraus aussteigen. Und deswegen gibt es auch keine guten Konzepte für eine Endlagerung. Diese Energieform ist nur wahnsinnig, der Müll ist wahnsinnig, und die einzige daraus zu ziehende Schlussfolgerung ist, dass wir sofort aus der Atomkraft aussteigen müssen, um nicht noch mehr Müll zu produzieren. Wir wollen ja nicht noch mehr Gorlebens, noch mehr Assen...

■ Die großen Energiekonzerne sind Monopolisten und treiben Machtmissbrauch. Nicht nur Gliederungen der LINKEN, auch Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg fordern, sie zu enteignen. Wie könnte das gehen? Die Forderung nach der Enteignung der großen Stromkonzerne –

die übrigens wie nur wenige andere radikale Forderungen meiner Meinung nach durchaus hegemoniefähig ist – ist eine, die ich als jemand aus der Klimabewegung sehr attraktiv finde. Es war auch diese Forderung, unter der wir, zusammen mit der antirassistischen Bewegung, das erste «Klimacamp» in der BRD im August 2008 organisiert haben.

Dabei sprichst du ein wichtiges Problem an: Als emanzipatorische Linke können wir heutzutage nicht einfach nur der Verstaatlichung das Wort reden, dafür waren sowohl die Ost- wie auch die West- erfahrungen zu schlecht. Wir müssen über neue Formen der *Vergesellschaftung*, vor allem der *Kommunalisierung*, nachdenken und da z. B. von sozialen Bewegungen in Afrika oder Lateinamerika lernen, wo öffentliche Dienste von sozialen Bewegungen übernommen wurden (so z. B. die Wasserversorgung in Cochabamba in Bolivien).

Sicher ist es manchmal frustrierend, immer nach Lateinamerika zu zeigen, aber als Bewegungen haben wir hierzulande (noch?) nicht die Kraft, und oft nicht das Knowhow, um neue Eigentumsformen aus uns selbst heraus hervorzubringen und zu praktizieren.

■ Die Castor-Transporte sollen in diesem Jahr ernsthaft blockiert werden. Ist das möglich?

Die Relevanz der Castorblockaden geht in diesem Jahr über die Anti-Atom-Bewegung hinaus. In den letzten Jahren haben sich in den sozialen Bewegungen in Deutschland interessante Prozesse gezeigt, vor allem in Heiligendamm und in Dresden: Neue Bündnisse waren dort möglich zwischen «radikalen» und «bürgerlichen» Kräften, die darauf basieren, dass alle Beteiligten sich gegenseitig genug vertrauen, um ihre jeweiligen «Komfortzonen» zu verlassen; der zivile Ungehorsam, der kollektive Regelbruch, wird eine immer mehr akzeptierte Aktionsform. Dies greift vor allem die diesjährige Kampagne «Castor? Schottern!» auf, die auf der Grundlage der Legitimität der Anti-Atom-Bewegung das Konzept des zivilen Ungehorsams nochmal ausweitet: vom «einfachen» Hinsetzen zum durchaus komplizierteren aktiven Eingriff in die Infrastruktur des alltäglichen energiepolitischen Wahnsinns.

Wenn wir uns das Ganze als eine Entwicklung vorstellen können, in der auf die Eskalation der sozialen Auseinandersetzung von oben eine langsame Eskalation von unten folgt (von Heiligendamm nach Dresden, von Stuttgart nach Gorleben und vielleicht zur geplanten Bundestagsblockade in Berlin), dann ist dies ein wirklich ermutigender Aspekt für radikale Politik in Deutschland derzeit. ★



CASTOR? SCHOTTERN!

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de

Berlin berlin@islinke.de **Bielefeld** bielefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de **Duisburg** duisburg@islinke.de **Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de **Frankfurt am Main** frankfurtm@islinke.de **Hamburg** hamburg@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de **Köln** koeln@islinke.de **München** muenchen@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de **Stuttgart** stuttgart@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der *internationalen sozialistischen linken* / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de